

Martin Bujard/Sven Rahner

Time matters

Für eine Politik aus der Lebensverlaufsperspektive

Ökonomisches Wachstum hat vielfach paradoxerweise zu einer Einschränkung der Lebensqualität geführt. Unsere Autoren plädieren daher für eine Lebensverlaufspolitik, die politikfeldübergreifend konzipiert ist und die Menschen dabei unterstützt, Bildung, Beruf und Freizeit wieder besser zu vereinbaren.

In den letzten Jahren wurden zunehmend grundsätzliche Überlegungen darüber angestellt, was Wohlstand bedeutet, welchen Fortschritt wir wollen und wie wir ihn erreichen können. Im internationalen wissenschaftlichen Diskurs werden in diesem Zusammenhang häufig ökonomische und humanistisch-philosophische Perspektiven miteinander verbunden. Neuere Ansätze stellen dabei die Fixierung auf ökonomische Fortschrittsindikatoren, wie das Brutto sozialprodukt, infrage. So betont etwa der Befähigungsansatz des indischen Ökonomen und Nobelpreisträgers Amartya Sen die gesellschaftlichen Teilhabe- und Verwirklichungschancen der Menschen. Und die Glücksforschung um Richard Easterlin hat gezeigt, dass sich ab einem gewissen Modernisierungsgrad einer Gesellschaft der positive Zusammenhang zwischen steigendem Pro-Kopf-Einkommen und subjektiver Lebenszufriedenheit auflöst. Das Easterlin-Paradoxon hat sich empirisch bestätigt: Auch wenn wir den monetären Wohlstand steigern, geht es vielen von uns nicht automatisch besser.

Doch wie verbessern wir die Lebensqualität? Durch die Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« des Deutschen Bundestages wird die fundamentale Frage nach der Fortschrittsvision unserer Gesellschaft in den Mittelpunkt gestellt. Die Zunahme von Zeitknappheit und Stresserkrankungen auf in-



Martin Bujard

(* 1975) ist Senior Researcher am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) in Wiesbaden. Er ist Koordinator in der interdisziplinären Akademiegruppe »Zukunft mit Kindern«.

martin.bujard@destatis.de



Sven Rahner

(* 1978) ist Politikwissenschaftler und Doktorand am Lehrstuhl »Politisches System der Bundesrepublik Deutschland« an der Universität Kassel. Zuvor war er als Fachreferent für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik im Deutschen Bundestag tätig.

s.rahner@web.de

dividueller Ebene sowie gesellschaftliche Entwicklungen wie Geburtenrückgang und Fachkräfteengpässe verweisen darauf, dass das Verhältnis von Arbeit und Leben in der modernen Arbeitswelt zunehmend aus dem Gleichgewicht gerät.

Wir sehen daher eine zentrale Komponente von gesellschaftlichem Fortschritt in einer politikfeldübergreifenden Lebensverlaufspolitik, die die Menschen dabei unterstützt, die Lebenssphären Familie, Bildung, Beruf und Freizeit wieder besser zu vereinbaren. Wir greifen dabei Konzepte lebensverlaufsorientierter Politiken – wie die Beschäftigungssicherung, den Vorsorgenden Sozialstaat, den Siebten und Achten Fami-

lienbericht und den Ersten Gleichstellungsbericht – auf, um diese in einem integrierten Ansatz zusammenzuführen.

Die Möglichkeiten und Ansprüche unserer hochmodernen Gesellschaft sind gewachsen und die Lebenswege von einer großen Pluralität geprägt. Jedoch haben sich die ökonomischen und politischen Strukturen nur unzureichend an diese Vielfalt angepasst: Sie sind rigide und zeitigen gelegentlich suboptimale Wirkungen. Zudem werden die Risiken der Flexibilität, die neue Technologien und Berufsfelder ermöglichen, überwiegend von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geschultert. Das sind einige der zentralen Ursachen, warum der Fortschritt der letzten Jahrzehnte oft nicht zu der höheren Lebensqualität geführt hat, die möglich wäre.

Ein Beispiel dafür ist die sogenannte Rushhour des Lebens, die die Situation für viele 25- bis 40-jährige Frauen und Männer kennzeichnet: Sie haben nur wenige Jahre, um den Berufseinstieg, die berufliche Etablierung, Wohnortwahl, Partnerwahl und Familiengründung zu vollziehen. Dies ist heute eine Herausforderung, da die berufliche Etablierung später im Lebensverlauf erfolgt, das Einkommen im Vergleich zu älteren Generationen gering ist und ein hohes Maß an Mobilität und zeitlicher Flexibilität erwartet wird. Andererseits sind die beruflichen Möglichkeiten in den letzten Jahrzehnten gewachsen. Diese Konstellation ist nicht nur die Ursache für Entscheidungskonflikte der jungen Generation, sondern auch für die niedrigen Geburtenraten in Deutschland, die seit den 70er Jahren ein Drittel unter dem Bestandserhaltungsniveau liegen, was zu erheblichen Verwerfungen in den Sozialversicherungen und zu Fachkräftengpässen führt.

Die abnehmende Bedeutung der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigung als Normalarbeitsverhältnis und die Zunahme von Leiharbeitsverhältnissen, Scheinselbstständigkeit und Formen

prekärer Beschäftigung erschweren die Lebensplanung. Eine neue Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung zeigt, dass sich der Anteil befristeter Arbeitsverhältnisse bei den 30- bis 40-Jährigen in den letzten 15 Jahren verdoppelt hat. Die Auswirkungen auf den Zeitpunkt und die Häufigkeit von Familiengründungen sind offenkundig. Umgekehrt kehren viele hochqualifizierte Mütter nicht, spät oder unter ihrer Qualifikation auf den Arbeitsmarkt zurück.

Aktuelle Erkenntnisse über psychische Belastungen am Arbeitsplatz verweisen zudem auf eine eklatante Zunahme u.a. von Stress. Einer Untersuchung des Bundesarbeitsministeriums zufolge ist der Anteil derjenigen Krankheitstage, die auf psychische Erkrankungen und Verhaltensstörungen entfallen, im Verhältnis zu allen Arbeitsunfähigkeitstagen seit 2001 von 6,6 auf 13,1 % gestiegen. Die schlimmsten Belastungen treten ausgerechnet im Gesundheitswesen und den Sozial- und Erziehungsberufen auf, in denen schon jetzt die Fachkräfte knapp sind.

In das Zentrum der Debatte um Gerechtigkeit werden in Zukunft daher vermehrt Fragen rücken, welche die ungleich verteilten Flexibilitäts- und Mobilitätsanforderungen auf der einen und Verwirklichungschancen sowie Lebensplanungsmöglichkeiten auf der anderen Seite thematisieren. Mehr Geburten und Fachkräfte sind gesellschaftliche Ziele, die die Legitimation für einen politikfeldübergreifenden Lebensverlaufsansatz liefern. Auf der individuellen Ebene geht es darum, mehr Wahlfreiheit herzustellen. Die Entscheidung *für* Kinder darf keine Entscheidung *gegen* berufliche Chancen sein.

Prinzipiell gibt es einige Entwicklungen, die zu mehr zeitlichem und monetärem Wohlstand führen sollten: Die Lebenserwartung nimmt zu, ebenso die Produktivität, dazu ermöglichen technische Innovationen größere Mobilität und dezentrale Arbeit. Fortschritt bedeutet, die

Strukturen in Sozialstaat und Arbeitsmarkt so zu gestalten, dass diese Entwicklungen die Lebensqualität der Menschen auch nachhaltig verbessern. Dazu ist ein breiter, ineinandergreifender, lebensverlaufsorientierter Maßnahmenmix notwendig, der eine den persönlichen Wünschen entsprechende Verzahnung von Berufs-, Bildungs- und Familienbiografie ermöglicht.

Verbindung von Wachstum und Fortschritt

Dreh- und Angelpunkt einer systematisch ausgestalteten Lebensverlaufspolitik könnte – wie von dem Arbeitsmarktexperten Günther Schmid vorgeschlagen – ein persönliches Entwicklungskonto mit individuellen Ziehungsrechten zur Finanzierung von Auszeiten für Weiterbildung, Fürsorge, Familie sowie präventiven Gesundheitsmaßnahmen bilden. Flankiert werden müsste diese Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zu einer Beschäftigungsversicherung durch eine fortschrittliche Zeitpolitik, die, staatlich gefördert und rechtlich ausgestaltet, für die notwendige Planungssicherheit sorgen und in den Betrieben durch lebenslange Arbeitszeitkonten oder tarifvertragliche Regelungen umgesetzt werden könnte.

Der bildungspolitische Reformprozess ist dahingehend weiter voranzutreiben, dass in einer Kooperation von Bund und Ländern modulartige und berufsnahe Elemente gestärkt, und schulische und berufliche Bildung als gleichwertig betrachtet werden. Ziel muss es sein, die Übergänge von Ausbildung oder Auszeiten in Arbeit und Weiterbildung, und dadurch die Durchlässigkeit von Bildungssystem und Arbeitsmarkt zu verbessern.

Die Familienpolitik sollte nicht nur die explizite Zeitpolitik, sondern auch die finanziellen Transfers und die Betreuungsinfrastruktur an den speziellen Erfordernissen von Familien im Lebensverlauf

orientieren. Elterngeld und -zeit sind ein wegweisendes Beispiel einer lebensverlaufsorientierten Familienpolitik. Neue Befunde zeigen, dass diese Instrumente die Zeit für Kinder in der Babyphase und das durchschnittliche Einkommen erhöhen sowie die berufliche Rückkehrquote verbessern. Derartige Familienzeitmodelle ließen sich auf den gesamten Lebensverlauf ausdehnen, so dass z.B. sechs Monate zusätzlich zur Elternzeit flexibel in kleineren Abschnitten bis zum 18. Geburtstag eines Kindes genommen werden könnten. Der springende Punkt bei dieser Zeitpolitik ist, dass sich die Zeitsouveränität vom Arbeitgeber zum Arbeitnehmer verschiebt.

Die Lebensverlaufsperspektive verweist auf die Ressource »Zeit«, die im Unterschied zur Ressource »Geld« allen Menschen im gleichen Umfang zur Verfügung steht. Die Kombination von Lebensverlaufspolitiken der Bereiche Arbeitsmarkt, Bildung und Familie sollte dabei helfen, diese Ressource besser zu nutzen. Die meisten hätten heutzutage eigentlich genug Zeit für eine gute Ausbildung, ein Berufsleben entsprechend ihrer Fähigkeiten und das Aufziehen von Kindern. Doch dafür müssen der berufliche (Wieder-)Einstieg, Weiterqualifikation sowie ein verlässliches Einkommen, die nötige Infrastruktur und Arbeitsplätze gewährleistet sein. Eine solche Lebensverlaufspolitik hat durchaus ihren Preis, wirkt sich aber nicht nur auf das individuelle Wohlbefinden positiv aus, sondern birgt auch gesamtgesellschaftliche Vorteile, da sie die Arbeitsmarktbeteiligung vieler Menschen – gerade von Frauen und Älteren – erhöhen, langfristig die Geburtenrate steigern und das Qualifikationsniveau verbessern kann. All diese Prozesse sind ein großer Hebel, um die staatlichen Einnahmen über einen Zugewinn an Sozialabgaben und Steuern zu erhöhen – daher verbindet die Lebensverlaufspolitik, konsistent verwirklicht, gesellschaftlichen Fortschritt mit langfristigen ökonomischen Wachstumszielen. ■